Sehr geehrte Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen,
sehr geehrte Mitglieder des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung!

Wir, Engagierte aller Generationen der Nachhaltigkeits- und for Future-Bewegung, sind besorgt über aktuelle Entwicklungen.

Wir sind besorgt um das Leben von Menschen, deren Leben in diesen Wochen durch das Corona-Virus bedroht wird.

Betroffen sind wir aber auch zu erleben, wie in der Folge des Corona-Virus plötzlich Maßnahmen beschlossen und Einschränkungen angeordnet werden können, welche den Regierungen und ihrem Wahlvolk die Erhaltung ihrer und ihrer Kinder Lebensgrundlagen bislang niemals wert waren.
Von den seit Jahrzehnten weitgehend unbeachtet täglich tausenden in den armen Ländern des globalen Südens der Erde sterbenden Kindern (Quelle: UNICEF) gar nicht zu reden, deren Leid großenteils herrührt aus dem von der „zivilisierten Welt" ausgehenden nationalegoistischen Wirtschaftsgebaren wie nicht-faire Handels- und Produktionsbedingungen, Rohstoffausbeutung und Müllexport, aus Ressourcenkriegen, Waffenexporten u.a.m..

Wie aber dann Regierungen des wohlhabenden globalen Nordens, um die Wirtschaft ihrer Länder vor den Folgen pandemiebedingter Umsatzeinbußen zu schützen, plötzlich vielstellige Milliardensummen aus den Ärmeln zaubern - während gegen Forderungen wie beispielsweise nach einer *an der ökologischen Schadwirkung bemessenen CO_2-Bepreisung* zum Schutz der globalen menschlichen Lebensgrundlagen vor den beständig zunehmenden Zerstörungen durch hemmungsloses Wachstumswirtschaften stets eingewendet wird, das könne man sich nicht leisten, unser Wohlstand sei bedroht usf..
Man möchte sich schämen für die selbsternannte „zivilisierte Welt".

Höchst besorgt schließlich sind wir über aktuelle Äußerungen von Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik als Reaktion auf die coronabedingten Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens, welche nicht nur keine Besserung, vielmehr weitere Verschärfung des prekären Zustands der Lebensbedingungen für die Menschen auf unserer Erde befürchten lassen:
In immer engerer Taktung wird in Nachrichtenmeldungen dieser Tage nach Investitionsprogrammen zum Ausgleich coronabedingter Einbußen gerufen, die auch massiv klimaschädigenden Branchen zuteil werden sollen. Die Zahlenspiele gehen teils so weit, den pandemiebedingten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts durch verstärkte Wachstumsanstrengungen in den kommenden Jahren sogar noch mehr als wett machen zu wollen. Was das für den Klimaschutz und die Einhaltung oder eher das Verfehlen der global und national verbindlichen Nachhaltigkeits- und Klimaziele bedeuten würde, liegt auf der Hand.

Seit dem Bericht des Club of Rome vor fast einem halben Jahrhundert, dessen wissenschaftliche Prognosen sich heute, wo nicht quantitativ, so doch qualitativ auf erdrückende Weise bestätigen, ist die Notwendigkeit eines grundlegenden Umsteuerns im weltwirtschaftlichen Handeln jedenfalls im Prinzip bekannt. Spätestens seit Rio 1992 darf wohl auch als Konsens angenommen werden, wohin, in welchen Handlungsfeldern und durch Ausübung welcher Handlungsoptionen dieses Umsteuern erfolgen muss. Immer dramatischere Klimasachstands-berichte des Weltklimarates IPCC illustrieren von Mal zu Mal mehr die Dringlichkeit des Umsteuerns.

Und dennoch: heute, beinahe 10 Jahren seit dem WBGU-Hauptgutachten zur Großen Transformation von 2011, bleibt der Eindruck, dass nach wie vor ein Großteil der Verantwortungsträger in unserem Land – wie auch in weiten Teilen der übrigen Welt – wo irgend möglich versucht, um die klar formulierten Aufgabenstellungen dieser Transformation herum zu kommen.
Weder die deutsche Politik noch die Wirtschaft scheinen bereit zu sein, mit zielführendem Handeln in klima-relevanten Bereichen den globalen wie nationalen Nachhaltigkeits- und Klimazielen von Rio 1992, Kyoto 1997 oder Paris 2015 mit Entschlossenheit und Konsequenz zu folgen. Der Eindruck ist: Halbherzigkeit. Allenfalls.

Auch die kleinräumlichen Lebenswirklichkeiten sehen – jedenfalls aus unserer Perspektive als Akteur*innen vor Ort und daran angebundene Analytiker*innen in der Forschung – nach wie vor verheerend aus:
Im Jahr 2020, keine 10 Jahre mehr bis zu der wichtigen SDG-Etappenmarke 2030, findet der zur Erreichung der Nachhaltigkeits- und Klimaziele erforderliche enorme Restrukturierungsbedarf in Betrieben und Kommunen, wo überhaupt, nur schneckenlangsam, mit merklichem Widerwillen und meist nur auf extremen äußeren Druck statt.

Dem Bemühen, von extern positive Impulse mit dem Ziel Nachhaltiger Entwicklung zu geben, worin wir eine unserer Aufgaben sehen, stellt sich regelmäßig ein immenses internes Beharrungsmoment betrieblicher oder kommunaler Strukturen entgegen. Das Fragen nach Begründungen und Ursachen stößt bald auf massive Verteidigungslinien um materielle Besitzstände, Einflussstrukturen und persönliche Komfortzonen.
Beispiele des Gelingens gibt es zwar, diese sind nach unserer Beobachtung aber bisher seltene Ausnahmen.
Schließlich das zu beobachtende mehrheitsgesellschaftliche Konsum-, Abfall-, Mobilitäts- und Freizeitverhalten: Absolut postfaktisch.

Mitten in diese völlig unbefriedigende gesellschaftliche Wirklichkeit hinein kommt ein kleines Virus und erwirkt in kürzester Zeit Maßnahmen, wie sie kurz zuvor nicht denkbar schienen – oder doch, durchaus von einigen Menschen gedacht, von politisch Verantwortlichen aber regelmäßig als nicht umsetzbar abgelehnt wurden: Flugzeugflotten bleiben am Boden, Fließbänder stehen, Konsum ist auf das existenziell Erforderliche beschränkt und wo zuvor zigtausende Menschen werktäglich teils Stunden in Pendlerstaus verbrachten und an der allgemeinen Klimazerstörung mitwirkten, funktioniert plötzlich Home Office – nicht überall und längst nicht perfekt, aber immerhin, es wird gemacht und etabliert sich in teils erstaunlichem Tempo.
Wir haben eine Situation, in der die Karten zum Teil völlig neu gemischt sind:
Menschen leben weiter auch ohne vermeintliche 'Must Haves' der Wohlstandsgesellschaft. Hingegen Dinge, für die bisher kein Geld bereit stand, werden plötzlich gemacht! Sogar für eine (wenngleich bisher nur temporäre) bedingungslose Existenzsicherung bestimmter Branchen oder gesellschaftlicher Gruppen.

Um nicht missverstanden zu werden: die emotionalen Belastungen durch die pandemiebedingten Einschränkungen und gegenwärtige Gefahr für die Gesundheit von Menschen nehmen wir sehr ernst.

Mit diesem Appell möchten wir lediglich das Augenmerk daneben auch auf einen anderen uns wichtig erscheinenden Aspekt der Corona-Pandemie lenken, der für die Fortexistenz der menschlichen Zivilisation fundamentalere Bedeutung haben kann als jede zeitnahe Gesundheitsgefährdung durch das Virus selbst:

„Corona als Chance für die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen."

Corona schränkt nicht nur ein und bedroht, Corona lässt auch Handlungsspielräume erlebbar werden, die zuvor in der mehrheitsgesellschaftlichen Wahrnehmung nicht denkbar waren:
Viele gesellschaftliche Regulierungen im Bereich Mobilitäts-/Freizeit-/Reise- oder Konsumverhalten, die seit Jahrzehnten von Klimawissenschaftler*innen und Umweltinitiativen und seit Herbst 2018 vehement von den Fridays for Future gefordert werden, von den politisch Verantwortlichen bisher aber mehrheitlich als unrealistisch bzw. nicht umsetzbar verworfen wurden, werden aus Anlass der Corona-Krise im Nullkommanichts realisiert. Zwar aus einer akut völlig anderen Motivation heraus, im Ergebnis aber mit bisher nie erreichten positiven Effekten für die Erhaltung unsere Lebensgrundlagen.
Welcher Flugbegleiter*innen-, Fluglotsen- oder Pilotenstreik der Vergangenheit hat je soviel an positiver Klimawirksamkeit geleistet wie die jetzt coronabedingte weitgehende Einstellung des Flugreiseverkehrs!?
Oder die weitgehende Einstellung der Automobilproduktion in einem Land, in dem neu produzierte oder neuwertige Autos für Jahre bis Jahrzehnte genug auf Halde stehen, dennoch bisher systembedingt Produktions- und Absatzzahlen stetig weiter nach oben geschraubt wurden - wie ressourcenfreundlich ist da der coronabedingte Stopp der Fließbänder!? (Und wachsen dadurch etwa weniger Lebensmittel oder müssen Menschen hungern?)
Überhaupt die gesamte Verlangsamung des gesellschaftlichen Lebens, die merklich geringeren Geräuschpegel und Schadstoffwerte in Städten, der klarere Himmel.
Zudem die Chance, statt Konsum und ständigem Umherfahren sich auf eine Renaissance von Miteinander, Wahrnehmung und Wertschätzung einzulassen, auf gute Bewegung an frischer Luft statt Fitness Centern mit Großparkplätzen vor dem Eingang auf zubetonierten ehemals fruchtbaren Böden.

Diese uns unerwartet zugefallene Chance für die Zukunft unserer Lebensgrundlagen sehen wir durch die Einflussnahme von Verfechtern ihrer Partialinteressen massiv gefährdet:

Beispielhaft zu nennen eine kürzliche Äußerung des im VW-Aufsichtsrat sitzenden Niedersächsischen Wirtschaftsministers, welcher angesichts der Corona-Krise *„Nachsicht"* mit der Automobilindustrie bezüglich der EU-Klimaziele fordert.
Oder die von der Flugzeugindustrie geforderte bedingungslose Rettungsaktion für das Luftverkehrswesen aus Steuermitteln. (Mal überlegt, welche Rolle das massenhafte Flugreisen für die Entstehung der Pandemie hatte..?)

Oder das *„8-Punkte-Rettungsprogramm für unsere Autoindustrie* [...] *CO_2-Steuer weg, Strompreise runter und Mehrwertsteuer runter" des Autoclub Mobil in Deutschland e.V.".*
Dem Fass den Boden aus schlug kürzlich die Forderung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten nach einer neuen Abwrackprämie für PKW – haben wir je erlebt, dass die Stimulierung der Autoproduktion nachhaltig zur Ressourcenschonung und Verbesserung unserer Lebensgrundlagen beigetragen hätte!?

Man kann sich ausmalen, wie das öffentliche Tätigen solcher interessengeleiteten Äußerungen Wasser ist auf die Mühlen von Menschen, die primär von persönlichem Vorteilskalkül bestimmt sind, z.B. vom Glauben an ein irgendwie verbrieftes Grundrecht auf ungehemmtes Umherfahren, auf den billigsten Fleisch-, Elektronik-, Kaffee- oder Kraftstoffpreis, auf den größten Profit und ständig steigenden Lebensstandard auf Kosten der Erdressourcen. Während der Ruf nach dem bisschen Recht auf Überleben aus anderen Erdteilen einfach überhört wird.
Solches Ego-Gedankengut gesellt sich erfahrungsgemäß gerne und schnell dem schon vorhandenen hinzu, wenn nicht unverzüglich Grenzen gesetzt werden. Hier ist angezeigt, dass die Politik einmal deutlich Prioritäten klarstellt:

Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen und damit Klimaschutz
***vor* persönlichem Vorteils-, Besitzstands- oder Bequemlichkeitsdenken.**

Durchaus wahrgenommen haben wir die Rede der deutschen Bundeskanzlerin auf dem Petersberger Klimadialog. Auf der verbalen Ebene sehen wir tendenzielle Verbesserungen. Insbesondere der Hinweis auf die anstehende *„schwierige Verteilungsdiskussion"* (Kanzlerin) lässt auf einen Spalt in der Pforte hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft hoffen. Vielleicht haben Argumente aus der Wissenschaft hier Gehör gefunden und überzeugt. Insgesamt jedoch fehlt es uns und unseren Lebensgrundlagen in der Kanzlerinnenrede auf dem Klimadialog an Konsequenz und Klarheit. Politische Bekenntnisse waren noch nie Garant für Umsetzung; vor allem aber erkennen wir in der Rede allenthalben Ausstiegsluken in die altbekannte Effizienz- und Technologiegläubigkeit. Z.B. wo vom *Ausbau* Erneuerbarer Energien die Rede ist – wo bleibt da das bei Weitem wirkungsvollste Instrument des Klimaschutzes jetzt und hier, heute oder gleich morgen: die Suffizienz, eine Ökonomie des Genug? Wie wäre es also mit: Weniger Strom verbrauchen? Weniger Umherfahren? Weniger Warenverkehrsaufkommen?

Hier hoffen wir auf Impulse von WBGU und RNE für ein klares Bekenntnis der Regierungsverantwortlichen in anstehenden Gesprächen mit Akteuren des Wirtschaftsgeschehens wie auch gegenüber der Bevölkerung: Nur in Kombination mit *suffizienter Lebensweise* können wir der totalen Klimakatastrophe (mit Glück) noch entkommen.

In einem Schreiben des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft vom 10.04.2020 an die Bundesregierung heißt es, *„die Wirtschaft müsse so schnell wie möglich nach Ostern schrittweise wieder hochgefahren werden. Anderenfalls drohten massive Wohlstandsverluste und ein über Jahre nicht zu kompensierender volkswirtschaftlicher Schaden"* (dpa).
Was aber ist mit den weltweiten volkswirtschaftlichen und ökologischen Schäden durch die bisher noch großteils fossil basierte westliche Wohlstandsgesellschaft und die ihrem Vorbild folgende Weltwirtschaft?
Wer steht gerade für die Kompensation der immensen Ressourcen- und Zukunftsschäden, welche „die Wirtschaft" uns Menschen zufügt, denen zu dienen sie eigentlich verpflichtet ist?
Wie wäre es dagegen mit einem ernsthaft angegangenen *„8-Punkte-Rettungsprogramm"* für unsere Lebensgrundlagen?
Sollte es noch immer zutreffen, dass *„die Autoindustrie* […] *die Grundlage des Wohlstands in Deutschland"* sei, wie der Niedersächsische Wirtschaftsminister kürzlich an anderer Stelle dargestellt hat, dann wäre es umso notwendiger, unverzüglich mit dem Ausstieg aus diesem Anachronismus zu beginnen.

Corona gibt uns genau jetzt die Chance dazu!

Erschüttert sind wir, dass in der Politik weithin noch nicht angekommen bzw. akzeptiert scheint, was der Wissenschaft seit Jahren völlig klar ist:
Dass z.B. ein bloßer Wechsel der Antriebstechnologien von fossilen Energieträgern auf Strom oder Wasserstoff nicht die Lösung des verkehrsseitigen Anteils an der Klimakrise ist, sondern dass nur eine drastische Reduzierung unnötiger motorisierter Individualverkehrsbewegungen zukunftsfähig ist. Das ständige Herumfahren von Menschen mit ihrem Auto bis hin zur „Brötchentaste" an Parkuhren für ein noch bequemeres und billigeres Brötchenholen mit dem Auto (in Kommunen wird die Einführung von so etwas heute noch ernsthaft diskutiert!) – Auslaufmodelle des vergangenen Jahrhunderts, an denen Teile von Politik und Wirtschaft verbissen festhalten. Dies, an Beispielen illustriert, die Situation, in der wir Ihnen schreiben.

Nun zu unserem Anliegen an Sie, den WBGU und den RNE:

Bitte, um der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen willen, wirken Sie auf Ihre Auftraggeber, die Bundesregierung und die Kanzlerin, ein, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln zu verhindern, dass das mehrheitsgesellschaftliche Handeln, das Konsum-, Mobilitäts- und Freizeitverhalten unserer Gesellschaft *„wieder so wird, wie es vor Corona war“* (vielfach aus Wirtschaftskreisen zu vernehmendes Credo).

Bitte, sorgen Sie dafür, dass Konjunkturmaßnahmen, Rettungsprogramme und Wiederaufbauhilfen ausschließlich an klima- und sozialverträgliche Branchen vergeben werden, an die Einhaltung globaler, EU- und nationaler Nachhaltigkeits- und Klimaziele gekoppelt und dass nur zukunftsfähige Technologien noch gestützt werden. Sorgen Sie dabei bitte auch für eine endlich an der realen, zeitnahen wie auf die Zukunft bezogenen ökologischen Schadwirkung bemessenen CO_2-Bepreisung (2018 nannte das UBA die Schadsumme von € 180,-- je Tonne CO^2). Bitte, sorgen Sie dafür, dass (anders als z.B. in der Griechenland- und Banken-Krise) nicht primär ein abstraktes System gestützt wird, sondern reale existenziell relevante Ressourcen und vor allem: Menschen. Treten Sie dafür ein, dass nicht primär die Kauflaune gefördert wird, sondern eine dauerhaft resiliente Überlebensfähigkeit.

Bitte, geben Sie den Regierungsverantwortlichen den Impuls für eine Entkopplung von individueller Existenzsicherung und sinnvollem Tätigsein für unsere Gesellschaft und Mitwelt, damit künftig nicht mehr die existenzielle Notwendigkeit eines (Arbeits-) Einkommens hier und Umwelt-/Klimaschutzbelange dort gegeneinander ausgespielt werden können, wie es von „der Wirtschaft“ in der Vergangenheit mit den jetzt vorliegenden verheerenden Folgen für unsere Lebensbedingungen fortwährend unternommen wurde.
Mit der temporären bedingungslosen Existenzsicherung für bestimmte durch Corona ihrer Existenzgrundlage beraubte Berufsgruppen wurde ein Schritt in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens getan, der entgegen aller bisherigen Ablehnung zeigt: Man kann sowas machen!

Lassen Sie die Regierungsverantwortlichen weitere Schritte wagen, begonnen mit einem Grundeinkommen für Menschen, die in nicht förderungswürdigen bzw. nicht länger subventionierten klima- oder sozialschädlichen Betrieben wie z.B. der Luftfahrt oder Produktion fossiler Verkehrsmittel ihre Arbeit verlieren werden, für Kultur-/Kunstschaffende, weiter für Menschen im Ehrenamts-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektor und schrittweise so weiter. Höchst wünschenswert wäre ein begleitendes Gewissensverweigerungsrecht gegen klima- und sozialschädigende Tätigkeiten, gegen Berufspendeln usw. gegenüber den Arbeitsbehörden.
Denn wie sollen vom „Arbeitsmarkt“ betroffene Menschen glauben, dass eine klimagerechte Lebensweise der richtigere Weg ist, solange dies von staatlicher Seite durch Aufdrängen schädigender Jobs total konterkariert wird?

Natürlich müssen auch selbständige Menschen und Unternehmer*innen aufgefangen werden, deren z.B. klimaschädigende Geschäftsfelder nicht erhaltbar sind. Sicherlich aber nicht (wie z.B. geschehen im Fall der Atomindustrie) in der Weise, dass ihnen und Aktionären über die Existenzsicherung hinaus noch Profite ersetzt würden, die sie in der Zukunft auf Kosten der Gemeinschaft und unserer Lebensgrundlagen nicht mehr tätigen können.

Dies alles wird viel kosten, es wird aber allemal kostengünstiger sein als die volkswirtschaftlichen und weltweiten Schäden, die jedes vermeidbare Grad Klimaerwärmung uns abverlangen wird.
Jedoch an Geldvermögen mangelt es diesem Land nicht, wofern es nur sinnvoll eingesetzt wird.
Und ganz abgesehen von der reinen Geldfrage: einem Land mit so viel Überfluss an allem, reichlich fruchtbaren Böden, die alle Menschen gesund ernähren können, mit einer blühenden Kultur und (dem ständigen Rufen nach Neubautätigkeit zum Trotz) auch reichlich Wohnraum, mit gebietsweise sogar immensen Leerständen, sollte diese Investition, dieser Ruck durch die Gesellschaft, für ein Gutes Leben für Alle in der Zukunft schon wert sein.

Wir sind sicher, dass Sie, WBGU, RNE und vielleicht auch andere die Politik in Nachhaltigkeitsfragen beratende Kolleg*innen seit Jahren emsig an dieser Aufgabe arbeiten. Aus Ihren Gutachten und Berichten wissen wir, mit wie viel Ernsthaftigkeit und Fachexpertise Sie Ihre Aufgabe gegenüber den Regierungsverantwortlichen ausüben. So wie wir das Politik- und Wirtschaftsgebaren aus unserer Arbeit kennen, können wir uns gut vorstellen, wie mühsam und steinig Ihr Job als Beratende sein mag und dass Sie nicht immer das verdiente Gehör finden werden.

In Anbetracht der von uns eingangs dargestellten (Ihnen gewiss bekannten) Situation finden wir es gerechtfertigt, dass Berater*innen der Politik, dass WBGU und RNE jetzt die Geduld verlieren dürfen, wenn die von Ihnen beratene Politik die aktuelle Situation und das in immensen Summen freigesetzte Geld zukünftiger Generationen nicht für die schon viel zu lange hingezögerte Einleitung eines grundlegenden Wandels zu nutzen bereit ist.

So, wie die Schüler*innen der Fridays for Future mit völliger Berechtigung fragen:
Warum sollten wir lernen gehen, während die Zukunft, für die wir lernen sollen, von unseren Vorgenerationen gerade verspielt wird? Von ein paar wenigen Vorgenerationen, welche die fossilen Kohlenstoffspeicher aus Jahrmillionen innerhalb des einen und anderen Jahrhunderts buchstäblich verfeuern mit fossil angetriebenen Autos, Flugzeugtriebwerken, Kraftwerken, Kreuzfahrtschiffen, Heizungsanlagen, durch massenhafte Wegwerfproduktion und industrielle Massentierhaltung!? Und ihr CO_2 dann in unsere Atmosphäre blasen – was für ein Irrsinn! Für welche Zukunft sollen wir da lernen gehen?!

So könnten und sollten nach unserer Vorstellung auch die Berater*innen der Politik sagen:
Warum sollen wir weiter unsere wertvolle Fachexpertise und guten Worte einer Regierung widmen, die sich dem kontrafaktischen Handeln und Entscheiden von weiten Teilen von Politik und Wirtschaft nicht entgegenstellt oder bei deren Handeln vielleicht sogar mittut!?

Die enormen Geldaufwendungen aus Anlass der Corona-Pandemie – nach dem weitreichenden Verspielen gesunder Lebensgrundlagen unserer Kinder ist nun also auch das Geldvermögen ihrer Zukunft dran – sind vermutlich eine der besten Gelegenheiten unserer Geschichte, wenn nicht die letzte überhaupt noch mit Aussicht auf Gelingen,

den für unser Überleben in der Zukunft notwendigen Wandel
sofort, ernsthaft und unumkehrbar einzuleiten.

Wäre es, sollten die Regierungsverantwortlichen dem nicht umgehend folgen, dann vielleicht an der Zeit, gemeinsam mit uns anderen der for Future-Bewegung in den demonstrativen öffentlichen Streik zu treten..?

Partizipation und Stärkung der Demokratie: das Hauptgutachten zur Großen Transformation des WBGU von 2011 wie auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 des RNE apostrophieren deren Bedeutung.

Wir, engagierte Menschen der for Future-Bewegung, verstehen uns als Teil dieser Partizipation. Einige von uns dürfen sich glücklich schätzen, durch Förderprogramme des Bundes bei unserem zivilgesellschaftlichen Beitrag zum Job 'Rettung unserer Lebensgrundlagen' unterstützt zu werden. Wir empfinden dies als große Wertschätzung und immense Hilfe in unserem täglichen Bemühen, dem Konsumismus der Mehrheitsgesellschaft etwas Gutes und Zukunftsfähiges gegenüber zu stellen und Menschen für den Geist des Wandels zu gewinnen, für die Umsetzung der gesellschaftlichen Transformation hin zu einem nachhaltigen Gemeinwesen.
Mitunter fühlen wir uns aber als Feigenblatt, solange nämlich die Politik nicht auch selbst konsequent umsteuert.

Wie geht es Ihnen in Ihrem Berater*innen-Job angesichts der täglichen politischen und mehrheitsgesellschaftlichen Praxis? Schaffen Sie es, sich mit dem durch geduldiges Ratgebern und Zureden mühsam mit etwas Überlebenselixier gefüllten Teil des Glases zu trösten? Es ist ja bei Weitem nicht halbvoll!

Für uns ist angesichts der aktuell lautesten coronabezogenen Äußerungen und Forderungen aus Politik und Wirtschaft, die jede Warnung vor der für das Überleben der menschlichen Zivilisation weit existenzielleren Klimakatastrophe zu übertönen oder für sich zu instrumentalisieren versuchen, dieser Tage der Flüssigkeitsspiegel noch unter die Tischplatte gefallen, bildlich gesprochen.
Knapp ein halbes Jahrhundert nach dem Bericht des Club of Rome dürsten wir mehr denn je nach Klimagerechtigkeit. Forderungen wie die eingangs nur beispielhaft genannten nach Stützung der Luftverkehrswirtschaft oder nach einer Abwrackprämie für PKW sind Schläge ins Gesicht von uns Menschen, die sich um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen bemühen, machen uns fassungslos, und es schmerzt zu erleben, wie schwer sich die politisch Verantwortlichen mit einer aufrichtigen Entscheidung für den gesellschaftlichen Wandel tun.

Es ist ja nicht so, dass niemand wüsste, was zu tun ist; im Gegenteil, Wissenschaftler*innen haben die Wege der Transformation klar und eindringlich gezeichnet – siehe Rio 1992, das WBGU-Hauptgutachten von 2011, Paris 2015 mit den SDGs, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie des RNE 2016, unzählige Umweltleitlinien und Handlungsempfehlungen staatlicher, kirchlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Mahner*innen gibt es seit Jahrzehnten, seit Jahren Petitionen, seit 2019 die Fridays und immer mehr Menschen for Future – und dann wieder diese mehrheitsgesellschaftliche Lebenspraxis und eine Politik, die nicht willens oder nicht in der Lage scheint, dem Wachstums- und kurzfristigen persönlichen Vorteilsdenken in betriebswirtschaftlichen Zyklen und Wahlperioden eine glaubwürdige Vision gegenüber zu stellen. Was für eine ethisch wie vernunftmäßig unerträgliche Schieflage im politischen Entscheiden und Handeln einer „zivilisierten Welt“!

Nun haben wir Corona und mit Corona die Chance der neu gemischten Karten.
Möchte vielleicht die „zivilisierte Welt“ nun einmal einsehen, dass sie den Krieg, den sie mit ökonomischer Ausbeutung gegen die Schöpfung (und vielfach gegen ihre eigenen Mitgeschöpfe) führt, nicht gewinnen kann?
Was wir vermissen, ist ein unumwundenes und weitgehend parteiübergreifendes Bekenntnis der Politik:

„Wir haben verstanden“.

Und entsprechendes Handeln.
Sollte die Politik sich nicht aus eigenem Antrieb dazu durchringen können, dann wäre es u.E. genau der Job für die kundigsten Berater*innen der Politik für das Überleben unserer Zivilisation – was nach unserem Verständnis hierzulande WBGU und RNE sind – den politisch Verantwortlichen hierbei auf die Sprünge zu helfen.

Hoffnung auf ein Erkennen in der Politik geben uns unerwartet offene Worte in der Ansprache des Bundespräsidenten zur Corona-Situation am 11. April 2020, wo er ausführt:
„Vielleicht haben wir zu lange geglaubt, dass wir unverwundbar sind, dass es immer nur schneller, höher, weiter geht. Aber das war ein Irrtum.“ (statt des rhetorischen *„Vielleicht“* möchten wir ein Ausrufezeichen setzen) und weiter: *„Wir stehen jetzt an einer Wegscheide.“*
(Wobei wir die Wegscheide nicht nur bezüglich des in der Ansprache des Bundespräsidenten thematisierten menschlichen Miteinanders in Zeiten von Corona sehen, sondern in Bezug auf unsere Verantwortung für jegliches Entscheiden und Handeln als Teilhabende an der irdischen Schöpfung, also ebenso einschließend das gesamte gesellschaftliche Verhalten in Bezug auf Nachhaltigkeit, auf Klima- und Ressourcengerechtigkeit.)

Die Entscheidungsgewohnheiten von Mehrheitsgesellschaft und von großen Teilen von Politik und Wirtschaft am täglichen Scheideweg zwischen der jeweils besseren oder schlechteren Handlungsoption vermögen wir allerdings nicht so optimistisch zu sehen wie der Bundespräsident mit seiner Formulierung von einer *„lebendigen Demokratie mit verantwortungsbewussten Bürgern“* (ebd.).
Aus praktischer Erfahrung unserer täglichen Arbeit können wir uns nicht der Illusion hingeben, dass die fortschreitende Klimaerwärmung uns noch die Zeit lässt abzuwarten, bis eine Mehrheit der Bevölkerung sich per 'Demokratie mit den Füßen' aus freien Stücken auf den Pfad nachhaltiger Lebensweise begeben wird.
In der Praxis beobachten wir viel zu oft die Entscheidung von Menschen für den im Moment bequemeren oder/und kurzfristig profitableren Weg ohne Rücksicht auf die letztendliche Gesamtbilanz des Handelns. Viel zu oft noch entscheidet über das Tun oder Unterlassen von Menschen nicht, was die richtigere Handlungsoption wäre, sondern was persönlichen Vorteil oder größere Bequemlichkeit verspricht, allenfalls unter dem Gesichtspunkt, ob es *„gegen irgend ein Gesetz verstößt“* (wie es einmal ein früherer deutscher Kanzler unvergesslich geprägt hat).

Wundern sollten wir uns darüber nicht in einer Gesellschaft, in welcher, beginnend beim Schaulaufen im Kinderzimmer, Schulleistungswettbewerb und Notendruck über Ich-AG und Wettbewerbswirtschaft bis hin zu *„Deutschland muss wieder an der Spitze stehen“* (Kanzlerin), in Menschen von klein auf das Streben nach dem persönlichen Vorteil stimuliert wird, in der ein Mensch zum Hohn der in ihm angelegten geistigen Gaben vom selbstwirksamen Subjekt zu einem Funktionsteil und Objekt der Wert- und Nützlichkeitsbeurteilung einer ökonomisierten Gesellschaft unter-richtet wird und folgerichtig auch selbst alles, was er sich unterwerfen kann, zum Objekt solcher Betrachtung macht. Man schützt oft vor:
„Verfolgen des persönlichen Vorteils und Konkurrenzdenken sind im Menschen angelegt. Das ist unsere Natur.“

Aber wie vieles gilt nicht als im menschlichen Wesen 'angelegt' – wie viele großartige und wunderbare, aber auch wie viele entsetzliche und abscheuliche Züge!? Ist es dann nicht an uns die Frage zu stellen:
Welche dieser menschlichen Anlagen wollen wir fördern, von welchen aber uns distanzieren..?
Wie unser Sein in der Welt gestalten?
Mit welchem Handeln vor die Geschichte treten, um vor ihr bestehen zu können?

Damit zurück zur *„lebendigen Demokratie mit verantwortungsbewussten Bürgern“* (w.o.):
Das Prinzip der Freiwilligkeit und des Marktes konnte unsere Gesellschaft jahrzehntelang erproben und hatte die Chance sich darin zu beweisen. Es hat uns gerade dahin geführt, wo wir heute stehen: am Rand eines Abgrunds.
Daraus leiten wir den Schluss ab, dass es nicht z.B. *„der Markt schon regeln“* wird, sondern dass es klare Vorgaben der Politik geben muss.
Wann, wenn nicht jetzt, am Scheideweg der coronabedingt erforderlichen Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens, ist die Zeit, die überfällige Transformation einzuleiten? WBGU und RNE sind u.E. diejenigen, jetzt den Regierungsverantwortlichen diese anstehende Aufgabe vernünftig, glaubwürdig und unwiderleglich zu vermitteln.

Um die Mehrheitsbevölkerung zu nachhaltigen Handlungsoptionen zu motivieren, braucht es Vorbilder und klare Ansagen, nicht bloß ein auf die Konsumlaune von Verbraucher*innen zielendes *„wie hättet Ihr's denn gern?“*.
Vorbilder nicht nur aus dem Bereich einer sozialen Randgruppe von fahrradfahrenden 'Ökospinnern', wie z.B. wir es in der Wahrnehmung der Mehrheitsbevölkerung noch zu sein scheinen, sondern Vorbildverhalten gerade von den politischen Entscheidungsträgern.
In der Wissenschaft, auf die seit Auftreten von Corona überraschend gehört wird, sehen wir dabei die geeigneten unabhängigen Impulsgeber für zukunftsfähige Entscheidungen der politisch Verantwortlichen.

An Sie, WBGU und RNE, als sowohl Teil der Wissenschaft wie auch in der besonderen Position als politisch unabhängige Ratgeber der Bundesregierung, wenden wir uns daher mit unserem Anliegen, in dieser Situation einer womöglich einmaligen Chance auf einen ungeahnt schnellen und grundlegenden Systemwandel Ihre Fachexpertise einzusetzen.
Bitte, vermitteln Sie den Mitgliedern der Bundesregierung das Verständnis von

„Corona als Chance für die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen“.

Bitte, vermitteln Sie den Regierungsverantwortlichen, dass Corona kein legitimer Grund ist, die Rettung der Lebensgrundlagen der menschlichen Zivilisation auf der Prioritätenliste nach hinten zu verschieben.
Sondern dass gerade die aktuelle Corona-Situation eine einmalige Chance zum Einstieg in die Transformation der Gesellschaft ist!
Ringen Sie der Bundesregierung ein unumkehrbares Bekenntnis ab, dass die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen Priorität vor persönlichen Besitzstandsinteressen hat.

Wenn die Regierungsverantwortlichen sich weigern wollen:
Treten Sie mit uns in den Klima-Streik!

Es gibt Länder auf unserer Erde, in denen z.B. die Lebenszufriedenheit der Menschen oder das Recht auf Unversehrtheit der Natur Verfassungsrang haben.
Es ist schön, dass nach unserer Verfassung die Würde des Menschen unantastbar sei – mit dem, was in der gesellschaftlichen und aktuell politisch geförderten Realität in diesem Land geschieht und den Menschen wie der Natur und unseren Lebensgrundlagen angetan wird, wie Menschen zum Objekt des Konsumismus gemacht und nach ihrem ökonomischen Nutzen bewertet werden, sehen wir unsere Würde allerdings fortgesetzt angetastet.

Es stünde Deutschland nicht schlecht an, statt im Wettbewerb von Wachstumsfetischismus befallener Industrienationen *„wieder an der Spitze“* stehen zu wollen, der Mitwelt und der Geschichte ein Beispiel und Vorbild für ein Gutes Leben für Alle in den planetaren Grenzen unserer Erde zu geben.

Wenn Sie, WBGU und RNE, jetzt initiativ werden und Ihr ganzes Gewicht in die Waagschale legen

für den sofortigen Einstieg in die Transformation unserer Gesellschaft,

seien Sie gewiss:
Die schon jetzt historisch große und immer größer werdende for Future-Bewegung wird sich hinter Sie stellen.

Jede uns mögliche Unterstützung Ihrer Aufgabe wollen wir dazu leisten.
Zum direkten Dialog über Möglichkeiten zur Bewältigung alltagspraktischer Hürden und menschlicher Suffizienzbarrieren auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft und über gute Beispiele des Gelingens sind wir bereit. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit Dank für die Geduld des Lesens
und in der Hoffnung, dass unser Appell gute Früchte tragen möge!

Liste der Unterzeichner*innen siehe Folgeseite.

Impressum/Ansprechperson:
Kurt Weidt
Telefon: +491798990099 – eMail: <weidt.mein-archipeut@web.de>
für: StadtLABOR Hildesheim e.V. – 31134 Hildesheim, Küsthardtstraße 3